

Abgeordnetenhaus von Berlin

16. Wahlperiode

85. Sitzung vom 23. Juni 2011

(S. 8254 – 8258 des Plenarprotokolls 16/85)

Präsident Walter Momper

Lfd. Nr. 24 A:

Dringliche Volksinitiative
gemäß Artikel 61 Abs. 1 VvB

„Frische Luft für Berlin“

Beschlussempfehlung GesUmVer Drs 16/4291
Volksinitiative gemäß Artikel 61 Abs. 1 VvB Drs
16/4115

Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Für die Besprechung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Die Reihenfolge der Redner richtet sich nach der Fraktionsstärke. Es beginnt die Fraktion der SPD. Das Wort hat der Abgeordnete Isenberg.

Thomas Isenberg (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Ich danke für meine Fraktion der Volksinitiative „Frische Luft für Berlin“ für ihr fantastisches Engagement. Ihr Engagement trägt dazu bei, die Demokratie zu stabilisieren. Es ist gut, wenn das Recht, das das Parlament gewährt hat, dass zu wichtigen Themen in der Stadtgesellschaft Volksinitiativen durchgeführt werden, diese eine Diskussion vorantreiben und damit insgesamt einen Resonanzboden für unsere Diskussionen bilden. Nur so kann Demokratie wirklich bürgerorientiert sein. Herzlichen Dank für Ihr Engagement!

[Beifall bei der SPD – Vereinzelter Beifall bei den Grünen und der FDP]

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Volksinitiative, es ist eine Volksinitiative, und Sie hatten das Recht, damit im Parlament ein Thema zur Diskussion zu stellen. Das war gut. Der Gesundheitsausschuss hat sich sehr ausführlich mit allen Aspekten dieser Initiative befasst. Im Ergebnis kommen wir zu der Erkenntnis, dass dem Anliegen damit Genüge getan ist. Es ist eben keine Volksgesetzgebung, es ist eine Volksinitiative, die ein Thema zur Diskussion stellt.

Lassen Sie mich inhaltlich sagen: Die Luft in Berlin ist frisch und super.

[Beifall bei der Linksfraktion]

Wir sind Spitze bei den Großstädten in Deutschland, wenn es darum geht, saubere Luft zu haben, wie gerade die aktuelle Siemens-Studie zeigt. Die Umweltzone in Berlin schafft saubere Luft in der Stadt – ein Erfolg dieser Landesregierung!

[Unruhe – Henner Schmidt (FDP): Ha, ha!]

Schauen Sie in die aktuelle Berichterstattung auch der Umwelthilfe hinein: Berlin und Hannover sind die einzigen Städte, wo die Umweltzone strikt kontrolliert wird. Überall woanders ist die Luft de facto verpestet.

[Unruhe]

Und Gleiches im Innenraumbereich! Wir sind einen Meilenstein vorangekommen mit unserer Nichtraucherschutzgesetzgebung, die jetzt dafür gesorgt hat, dass man sich nicht mehr wie früher im Gastronomiebereich im blauen Dunst aufhalten musste. Wir haben einen Einstieg in eine sehr gute Trennung bekommen. In Berlin ist es, glaube ich, für Nichtraucherinnen und Nichtraucher durchweg möglich, eine sehr gute Gaststätte oder auch ein sehr gutes Restaurant zu finden, dort in unterschiedlichen Qualitätsstufen zu speisen und nicht belästigt zu werden.

[Unruhe]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Entschuldigung, Herr Isenberg! – Meine Damen und Herren! Wir haben es heute Abend bald geschafft. Dann gehen wir alle in die Sommerpause. Vielleicht können Sie sich jetzt noch ein bisschen konzentrieren und Herrn Isenberg zuhören! – Danke!

Thomas Isenberg (SPD):

Wir sind hier weiter als vor fünf Jahren. Das Ergebnis ist gut. Sicherlich, es gibt in einigen Bezirken noch Umsetzungsdefizite. Da werden wir auch noch besser werden, aber das Glas ist nicht halb leer, es ist halb voll, und darauf sind wir stolz hier in Berlin.

[Beifall bei der SPD]

Gucken wir uns mal die weiteren Inhalte dessen an, was die Volksinitiative möchte! Ja, ich wundere mich auch, wenn Patientinnen und Patienten, die frisch an Herz- oder anderen Erkrankungen im Krankenhaus operiert worden sind, am nächsten Tag gleich wieder rauchen müssen. Aber ihnen nicht die Möglichkeit zu bieten, in einem Krankenhaus ihrer Sucht nachzukommen, ist die falsche Lösung. Wir müssen natürlich mehr gesundheitsfördernde Krankenhäuser etablieren, die auch Nichtrauchtherapien anbieten. Ja, wir müssen auch schauen, dass die Raucherzonen deutlicher sind, aber so dramatisch, wie es von der Volksinitiative gefordert wird, ist die Situation ja nun wirklich nicht.

[Unruhe]

Wir werden in der nächsten Legislaturperiode auch eine Präventionsoffensive starten, denn das Übel müssen wir da anpacken, wo Menschen rauchen. Jede Zigarette, die jemand raucht, ist eine Zigarette zu viel. Zigarettenqualm ist das Problem hauptsächlich für diejenigen, die inhalieren müssen und es aufgrund ihrer Abhängigkeit von diesem Suchtmittel auch tun. Da reicht diese Initiative von ihrem Ansatz her bei Weitem nicht aus.

Und schauen wir uns doch mal an, was auf den Spielplätzen los ist! Hier wird suggeriert, wir hätten einen landespolitischen Gestaltungsbedarf. Das ist nicht der Fall. Viele Bezirke haben schon jetzt Rauchverbote implementiert. Da, wo es ein Problem geben sollte, machen die Bezirke das auch schon heute.

Aber was ist Ihnen denn lieber? Ist es Ihnen lieber, dass 30 Prozent der Kinder in Haushalten aufwachsen, wo wir de facto Raucherinnen und Raucher als Eltern haben, wo die Luft im privaten Raum häufig schon verpestet ist? Oder ist es Ihnen lieber, wenn die Eltern ihre Kinder nehmen und über die Straße spazieren gehen, an die frische Luft von Berlin, und unter Umständen dann dort rauchen, wenn sie denn unbedingt rauchen müssen? Das ist besser für die Kinder, als in der Öffentlichkeit grundsätzliche Verbote einzuführen. Mit der SPD-Fraktion und, ich glaube, auch mit der Mehrheit dieses Hauses wollen wir nicht eine Stigmatisierungsdebatte führen, die jeden Raucher in der Öffentlichkeit per se quasi kriminalisiert.

[Beifall bei der SPD – Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Fazit: Es bleibt viel zu tun in der Präventionspolitik, sicherlich! Aber das Anliegen der Volksinitiative ist zu kurz gegriffen. Wir werden das Thema weiter bearbeiten. – Ich wünsche Ihnen schöne Ferien. Denken Sie daran: Jede Zigarette, die Sie rauchen, ist für Sie selbst eine zu viel. Rauchen ist gesundheitsschädlich. Lassen Sie es sein, es ist besser für Sie – und vielleicht auch schöner für Ihre Nachbarn! – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD – Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Isenberg! – Für die Fraktion der CDU hat jetzt der Abgeordnete Czaja das Wort.

Mario Czaja (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Die vielen Tausend Unterschriften der Volksinitiative „Frische Luft für Berlin“ zeigen, dass es ein Defizit hinsichtlich des derzeitigen Nichtraucherschutzgesetzes gibt. Wir haben uns im Ausschuss intensiv damit beschäftigt, daher gilt natürlich der Dank dieser Volksinitiative.

[Beifall bei der CDU]

Aber die Dinge, die die Volksinitiative kritisiert hat, waren keine, die im Gesetz fehlen, sondern es war ein Umsetzungsdefizit. Wir haben Probleme bei der Ausstattung der Ordnungsämter, wir haben Probleme bei den Kontrollen, wir haben Probleme bei einigen Fragen im Gesetz, wie beispielsweise beim Thema Kinderspielplätze – eine Forderung, die die CDU-Fraktion damals in die Gesetzesdebatte eingebracht hat und die von Rot-Rot leider abgelehnt wurde.

Deswegen unterstützen wir den Ergänzungsantrag zu der Erledigungserklärung, die die Grünen heute eingebracht haben, weil das Thema Kinderspielplätze und das Thema Krankenhauseingänge dabei noch mal explizit zum Ausdruck kommen. An sich haben wir im Ausschuss die wesentlichen Dinge dazu diskutiert, Herr Kollege Isenberg! Ich versuche, mich kürzer zu fassen, und wünsche etwas früher – einen schönen Sommer!

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Czaja! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Abgeordnete Kosche das Wort.

[Christoph Meyer (FDP): Mehr Bevormundung!]

Heidi Kosche (Grüne):

Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren! Ich möchte hier besonders die Änderungen zur Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses begründen, denn der Schutz der Berlinerinnen und Berliner vor dem passiven Rauchen in Berlin ist mehr als mangelhaft. Auch die Situation der Menschen, die rauchen, ist in diesem Zusammenhang schlecht.

[Zuruf von Torsten Schneider (SPD)]

Wir haben den Änderungsantrag gestellt, in dem das Abgeordnetenhaus den Senat von Berlin auffordert, weitere Schritte zum Schutz vor Passivrauchen einzuleiten und dazu einen gesetzlichen Neuregelungsvorschlag zu machen.

[Beifall bei den Grünen]

Für die Menschen, die vor dem Passivrauchen geschützt werden möchten, sind die derzeitigen Regelungen durch das Gesetz, das verkürzt Nichtrauchererschutzgesetz genannt wird und im Mai 2009 in diesem Haus verabschiedet wurde, überwiegend wirkungslos. Auch hier, Herr Regierender Bürgermeister,

[Mario Czaja (CDU): Jetzt sind Sie wieder schuld!] musste Ihnen das Volk von Berlin sagen,

[Torsten Schneider (SPD): Aber jetzt nicht weinen, Mensch!] wie schlecht es Ihre Regelungen zum Gesundheitsschutz findet. Viele Tausend Menschen haben die Volksinitiative „Frische Luft für Berlin“ unterstützt und wollen ein besseres Gesetz und dadurch einen absoluten Schutz in den öffentlichen Räumen des Landes Berlin.

An dieser Stelle möchten wir uns auch als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Dank für die Initiative „Frische Luft“ anschließen und möchten besonders für ihr Engagement danken, denn wir haben kürzlich im Gesundheitsausschuss von dieser Initiative vorgetragen bekommen, wie viele Stunden sie nachts durch die Berliner Gaststätten, Kneipen und Discoszene gezogen sind,

[Andreas Gram (CDU): Das habe ich früher auch gemacht!] um Unterschriften zu sammeln, aber auch, um sich vor Ort einen Eindruck von der Situation zu machen.

[Beifall bei den Grünen]

Das haben sie auch getan, um uns als Gesetzgeberin Argumente dafür zu geben, warum das Gesetz besser werden muss.

Wir möchten ein Gesetz, das keine Nebenraumregelung hat, denn die Giftstoffe aus den Nebenräumen kontaminieren sehr schnell alle Räume, auch den Hauptraum, in dem sich die Menschen aufhalten und sich darin sicher wohnen.

[Andreas Gram (CDU): Das wissen wir alles!] – Sie alle hier wissen das, aber die Menschen, die sich in die Restaurants begeben, die Nebenräume haben, wissen das nicht. Wir finden das nach wie vor grob fahrlässig.

[Beifall bei den Grünen – Mieke Senftleben (FDP): Wir wissen das auch, Frau Kosche!]

Das bedeutet auch, dass die Regelungen, die es für Shisha-Kneipen derzeit gibt, neu gefasst werden müssen, denn nur Shisha-Kneipen ohne Speisen und Getränke gibt es in diesem Land Berlin nirgendwo.

[Mario Czaja (CDU): Die grüne Wasserbombe!]

Das bedeutet auch, dass die Kleinkneipenregelungen verschwinden müssen, denn die Einzelpächter, diese sogenannten Einfamilienbetriebe oder wie immer sie genannt werden, haben Menschen angestellt, die auch den Schutz genießen dürfen, einen rauchfreien Arbeitsplatz zu haben.

[Beifall bei den Grünen]

Zwei Forderungen der Volksinitiative möchten wir gerne in einem neuen Nichtrauchererschutzgesetz zusätzlich sehen: einmal das Rauchverbot auf allen öffentlichen Spielplätzen, besonders wegen möglicher Vergiftungsgefahr der Kinder, wenn sie Kippen in den Mund nehmen. Und wir möchten, dass im Eingangsbereich aller öffentlichen Gesundheitseinrichtungen das Rauchen untersagt wird. Bei dem letzten Punkt ist uns zusätzlich noch eines wichtig: Wir sind der Meinung, dass die Raucherinnen und Raucher mit Respekt behandelt werden müssen. Sie sollten sich in diesen Eingangsbereichen nicht immer so rumdrücken und da stehen müssen, sondern sie sollten da eine Gelegenheit bekommen, eine kleine Holzhütte oder irgendwas, damit sie sich da einfach aufhalten und mit Respekt behandelt werden.

[Andreas Gram (CDU): Ein Zelt! – Björn Jotzo (FDP): Mit Pritsche! – Mario Czaja (CDU): Vielleicht einen Swimmingpool?]

All diese Änderungen wollen wir in einem neuen Gesetz sehen. Deswegen haben wir diesen Änderungsantrag hier heute eingebracht. – Danke Ihnen!

[Beifall bei den Grünen]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Kosche! – Für die Linksfraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Albers das Wort.

Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion):

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Die Volksinitiative „Frische Luft für Berlin“ bittet die Mitglieder des Abgeordnetenhauses, sich mit dem Anliegen der Initiative zu beschäftigen. Das haben wir in einer Sitzung des Gesundheitsausschusses umfassend getan. Das tun wir jetzt hier in der Debatte.

Die in der Begründung der Initiative genannten Fakten sprechen für sich. Das Grundanliegen der Initiative, weiteres Problembewusstsein in Sachen Nichtrauchererschutz zu schaffen, ist uneingeschränkt zu unterstützen. Die Diskussion, die die

Volksinitiative jetzt durch ihre Aktion erneut entfacht hat, ist im Sinn einer umfassenden Aufklärungsarbeit, als Bestandteil einer solchen, zu verstehen und zu würdigen. Es bleibt auf der Tagesordnung. Mehr Reglementierung allerdings erscheint mir eher kontraproduktiv. Ich denke, es ist genug gesagt. Ich denke auch, ich ergreife jetzt die Initiative frische Luft für uns und belasse es dabei. – Vielen Dank!

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD – Heiterkeit – Martina Michels (Linksfraktion): Super!]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank! – Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Thiel das Wort.

Volker Thiel (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich nicht an dem Wettbewerb um die kürzeste Rede heute Abend beteiligen.

[Martina Michels (Linksfraktion): Schade!]

Dank den Kollegen Albers und Czaja haben wir ja ein bisschen Zeit gespart, sodass wir sicherlich noch vor 22 Uhr dieses Haus verlassen werden,

[Wolfgang Brauer (Linksfraktion): Er raucht Zigarren, glauben Sie ihm kein Wort!]

– genau –, und dann werde ich der Sucht frönen und mir meine Zigarre anstecken, sie haben recht.

[Beifall bei der FDP – Vereinzelter Beifall bei der SPD – Heiterkeit]

Aber erst einmal gilt auch unser Respekt der Volksinitiative, und vor allen Dingen in zwei Richtungen. Wir hatten gemeinsam die Verfassung geändert, damit so etwas möglich wird, nicht wissend, ob es überhaupt tragen kann. Sie haben gezeigt, dass es mit sehr viel Einsatz und Engagement möglich ist und hatten immerhin dann auch den Erfolg, Sie haben es ja dargestellt, Kollege Albers, in den Ausschüssen intensiv, mit Anhörungen beraten zu werden und hier heute als krönender Abschluss vor unserer für alle verdienten Sommerpause noch einmal debattiert zu werden.

Allerdings, so richtig neue Erkenntnisse haben sich aufgrund der schriftlichen Vorlagen, die Sie uns zugestellt haben, nicht unbedingt ergeben. Wir haben sie hier sehr intensiv und, ich finde, sehr seriös im Rahmen des Nichtraucherschutzgesetzes miteinander debattiert, wie weit wir gehen können. Es gibt immer ein Problem, gerade auch für Liberale. Wir müssen auf der einen Seite sicherlich den Raucherschutz, den

Passivraucherschutz stärken, auf der anderen Seite können wir aber nicht die freie Berufsausübung, beispielsweise von Gastronomen oder Kaffeehausbetreibern, hier kassieren. In diesem Spagat bewegt man sich immer, wenn man mit Verboten arbeitet. Insofern sind auch Ihre drei Punkte, die Sie haben, bis auf einen, mit dem ich gleich beginnen werde, sehr kritisch zu sehen.

Auf Kinderspielplätzen nicht zu rauchen, ja, es ist auch heute schon möglich, dass das die Bezirke beschließen, denn die meisten Kinderspielplätze sind in bezirklicher Verantwortung. Jeder, der einen Kinderspielplatz betreibt, kann eine Ordnung erlassen. Ich würde sogar einen Schritt weiter gehen und sagen, nicht nur das Rauchen ist das Problem, mich stören streunende Hunde auf Kinderspielplätzen, auch die gehören da nicht hin.

[Beifall bei der FDP – Vereinzelter Beifall bei der SPD –, Mieke Senftleben (FDP): Alkohol!]

Mich stören genauso biertrinkende Anwesende auf Kinderspielplätzen, auch die gehören da nicht hin.

[Beifall bei der FDP – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Warum dann nur den Leuten, die dort an der Seite auf der Bank sitzend eine qualmen, das untersagen?

[Volker Ratzmann (Grüne): Und wenn das Kind die Kippe futtert?]

Dann sollte man überlegen, dass man eine vernünftige Ordnung – nicht ein Gesetz! – für die Kinderspielplätze bräuchte und das vor allen Dingen dann umsetzen, das ist ja immer das Problem dabei.

[Beifall bei der FDP – Mieke Senftleben (FDP): Richtig!]

Sie haben die Forderung aufgestellt, schärfere oder gar keine Ausnahmen mehr für die Gastronomie zu erlassen. Hier, habe ich bereits gesagt, sind wir anderer Ansicht. Inhabergeführte Eckkneipen oder Cafés sollten nach wie vor die Möglichkeit haben, durch Kennzeichnung, so wie das jetzt der Fall ist, sich entsprechend auch als Rauchergaststätte oder Rauchercafé anzubieten. Dass das Risiko dort bei den Besuchern und bei den Betreibern liegt, ist offensichtlich und ist auch bekannt. Aber eins ist doch auch offensichtlich und bekannt: Man kann nicht mit Verboten Menschen zu ihrem Glück zwingen, sondern man muss hier anfangen, an Einsicht und den Verstand zu appellieren, um dann auch Umsetzungen machen zu können.

Genauso: Sie wollen das seriös behandelt haben, das Recht haben Sie, aber ich finde es ein bisschen schwer vorstellbar. Sie sagen, vor Krankenhäusern sollte auf den Freiflächen nicht geraucht werden, aber

vielleicht könnte man da Rauchinseln aufstellen. Ja, dann frage ich mich: Warum so bescheiden? Warum denn dann nicht auch grundsätzlich ein Rauchverbot auf der Straße vor den Schulen, vor den Kindertagesstätten, vor Arztpraxen, vor öffentlichen Ämtern – überall dort? Dann hätten Sie es auch endgültig erreicht, dann darf ich auch nicht mehr vor dem Abgeordnetenhaus rauchen, denn das ist ja auch ein öffentlicher Platz.

[Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Sie merken schon, man kann ein seriöses Unterfangen auch dadurch, dass man es nicht zu Ende denkt, sehr leicht der Lächerlichkeit preisgeben. Das wollen wir nicht. Das Anliegen ist seriös. Aber Sie merken auch an meiner Intention, dass wir diesen Forderungen nicht beitreten werden, dass wir sie nicht unterstützen werden. Und auf gleicher Ebene liegt der Antrag der Grünen, den wir auch nicht unterstützen werden, denn es ist ein reiner Gefälligkeitsantrag ohne eigene Substanz.

[Beifall bei der FDP, der SPD und der Linken]

Da ich nun sehr wahrscheinlich der letzte Debattenredner des heutigen Tages sein werde, erlaube ich mir, im Rahmen meiner Redezeit Ihnen allen einen erholsamen und schönen Urlaub zu wünschen. Freuen Sie sich alle mit mir: Gleich dürfen wir an die frische Luft.

[Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion): Rauchen Sie nicht so viel!]

Auf Wiedersehen!

[Beifall bei der FDP, der SPD und der Linksfraktion]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Thiel! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Grünen abstimmen. Wer dem Änderung auf Drucksache 16/4291-1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das sind die Grünen und die CDU. Die Gegenprobe! – Das sind die Koalitionsfraktionen und die FDP. Letzteres war die Mehrheit. Enthaltungen kann es nicht geben. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann stimmen wir über die Beschlussempfehlung des Fachausschusses ab. Wer der Drucksache 16/4291 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das sind die Koalitionsfraktionen, die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP. Die Gegenprobe! – Das sind die Grünen. Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist der Drucksache 16/4291 zugestimmt.

Ich stelle fest, dass die Behandlung der Volksinitiative im Abgeordnetenhaus entsprechend den Vorgaben des § 9 Abstimmungsgesetz durchgeführt worden ist.

Der Tagesordnungspunkt 25 war Priorität der Fraktion der CDU unter Nummer 4.3

(Anschließend wurde die lfd. Nr. 26 vertagt und die Sitzung um 21.53 Uhr beendet)